Geschäfte des EFD 2012

1. Quartal

Finanzrechnung des Bundes

- **Finanzpolitische Standortbestimmung:** Der Bundesrat nimmt eine finanzpolitische Standortbestimmung vor und trifft Vorentscheide für das Budget 2013 und den Finanzplan 2014-2016. Auf Basis der aktualisierten Haushaltszahlen wird 2013 ein strukturelles Defizit von rund 100 Mio. Franken erwartet, das 2014 – hauptsächlich wegen der vom Parlament beschlossenen Mehrausgaben für die Armee – auf rund 800 Mio. ansteigt. (1.2.)

- **Bundesrechnung 2011 schliesst positiv ab:** Der Bundeshaushalt weist 2011 einen ordentlichen Finanzierungsüberschuss von 1,9 Mrd. Franken aus. Budgetiert war ein Defizit von 600 Mio. Die Verbesserung ist einerseits auf Mehreinnahmen von 1,8 Mrd. zurückzuführen, dies vor allem dank der Verrechnungssteuer. Anderseits bewirken bedeutende Kreditreste – trotz umfangreichen Massnahmenpakets Frankenstärke – Minderausgaben von insgesamt gut 700 Mio. (15.2.)

- **Nachtrag zum Bundesbudget:** Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft über den Nachtrag I zum Voranschlag 2012. Damit werden dem Parlament 13 Nachtragskredite über insgesamt 90 Mio. Franken unterbreitet. Sie führen im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der mit dem Voranschlag bewilligten Gesamtausgaben um 0,1 Prozent. (28.3.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Frühjahrssession verabschiedete Vorlagen

- **Finanzplatz:** Die Ausgabe von Pflichtwandelanleihen (CoCos) soll in der Schweiz von der Verrechnungssteuer befreit werden. Hingegen soll der Bundesrat seine Vorschläge für einen grundlegenden Systemwechsel bei der Verrechnungssteuer überarbeiten. Diese Vorschläge seien noch nicht ausgereift. Deshalb beschloss der Nationalrat die vom Bundesrat vorgeschlagene Revision des Verrechnungssteuergesetzes in zwei Teile zu splitten. Teil 1, die Steuerbefreiung der CoCo-Bonds, mit denen die systemrelevanten Grossbanken einen Teil ihres Eigenkapitals bereitstellen sollen, wurde in der Gesamtabstimmung mit 176 zu 0 Stimmen gutgeheissen. (27.2.)

- **Steueramtshilfegesetz:** Der Nationalrat hat das Steueramtshilfegesetz gutgeheissen, das die Voraussetzungen für den erleichterten Informationsaustausch bei Steuerdelikten schafft. Dabei beschloss er, dass die Schweiz bei Gruppenanfragen keine Amtshilfe leisten soll, sofern dies nicht explizit in einem Doppelbesteuerungsabkommen vorgesehen ist. Die Meinungen im Rat gingen weit auseinander. Während die SVP das Bankgeheimnis verteidigte, kämpften SP und Grüne für eine weitere Lockerung. Der Rat schmetterte jedoch sowohl die Anträge von rechts als auch jene von links ab. Er sprach sich weitgehend für die Vorschläge des Bundesrats aus. Am Ende stimmte er dem Gesetz mit 113 zu 58 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. (29.2.)

- **Pauschalbesteuerung:** Der Ständerat will an der Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer festhalten. Künftig sollen nach Aufwand besteuerte Ausländerinnen und Ausländer dem Fiskus jedoch mehr Geld abliefern. Mit 35 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen unterstützte die kleine Kammer am Dienstag als Erstrat den Vorschlag des Bundesrats, die minimalen Steuersätze heraufzusetzen. Nach Ansicht der bürgerlichen Ratsmehrheit handelt es sich beim Vorschlag des Bundesrats um eine austarierte Lösung, die Standortüberlegungen und Steuergerechtigkeit berücksichtigt. Die Linke blieb mit ihren Forderungen chancenlos, die Steuergerechtigkeit noch stärker zu gewichten und die Mindestsätze weiter anzuheben. (6.3.)

- **Abgangsentschädigungen:** Für Entschädigungen, die im Rahmen einer Entlassung ausgerichtet werden, soll es keine Steuerrabatte geben. Der Ständerat hat zwei parlamentarische Initiativen mit 24 zu 13 Stimmen abgelehnt, die reduzierte Steuersätze für solche Abgangsentschädigungen forderten. Bereits heute kämen im Zusammenhang mit Abgangsentschädigungen zum Teil reduzierte Steuersätze zur Anwendung, argumentierte die Mehrheit. Ausserdem sei eine Ungleichbehandlung von hohen und tiefen Abgangsentschädigungen willkürlich. Abgangsentschädigungen werden gemeinhin als "goldene Fallschirme" bezeichnet. Im Rahmen der Abzockerdebatte steht deren Verbot zur Diskussion. (6.3.)

- **Bundessteuern:** Der Ständerat will nichts wissen von höheren Steuerabzügen. Er hat eine Motion abgelehnt, die bei den direkten Bundessteuern einen höheren Pauschalabzug verlangte, um den steigenden Krankenkassenprämien Rechnung zu tragen. Die Argumente der Befürworter, wonach damit der Mittelstand entlastet werden könne, wurden von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf widerlegt: Nicht der Mittelstand würde entlastet, sondern die Steuerpflichtigen der obersten Einkommensschichten. Die Gegner kritisierten zudem, dass für die Steuerausfälle von bis zu 620 Millionen Franken keine Gegenfinanzierung aufgezeigt wurde, was "Zechprellerei" sei. (6.3.)

- **Marktzutritt:** Der Ständerat will derzeit keine Verhandlungen über den Zutritt von Finanzdienstleistern in den EU-Markt. Er hat eine Motion aus dem Nationalrat mit 27 zu 7 Stimmen abgelehnt. Für die Gegner wäre der Preis für einen solchen Marktzutritt zu hoch. Die Befürworter befürchteten weiteren Protektionismus seitens der EU und damit weniger Handlungsspielraum für Schweizer Finanzdienstleister im Auslandsgeschäft. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf versicherte, dass der Bundesrat auch im Zusammenhang mit anderen Verhandlungen versuche, "immer mehr Marktzutritt zu erhalten". Das Ziel sei dasselbe, der Weg aber ein anderer. (6.3.)

- **IWF:** Die Schweiz soll ihren ordentlichen Beitrag an den Internationalen Währungsfonds (IWF) erhöhen. Als Erstrat hat der Nationalrat der Quotenerhöhung sowie diversen IWF-Reformen zugestimmt. Mit dem höheren Beitrag ans ordentliche Budget will sich die Schweiz den Sitz im IWF-Exekutivrat sichern. Geplant ist konkret, die Schweizer Quote von 3,46 Milliarden auf 5,77 Milliarden Sonderziehungsrechte (SRZ) zu erhöhen. Gemäss dem aktuellen Wechselkurs wird der Schweizer Beitrag von 5 auf 8,4 Milliarden Franken aufgestockt. (12.3.)

- **Schweiz-Italien:** Italien soll in Zukunft weniger Geld aus der Quellenbesteuerung von italienischen Grenzgängern erhalten. Der Nationalrat hat einer Tessiner Standesinitiative stillschweigend zugestimmt, die den Satz zugunsten Italiens von 38,8 Prozent auf 12,5 Prozent senken will. Der Kanton Tessin reagiert damit nicht zuletzt auf die seit Jahren anhaltenden Angriffe Italiens auf den Finanzplatz Lugano und den in den letzten Jahren stark angestiegenen Druck auf den Tessiner Arbeitsmarkt durch italienische Grenzgänger. Für die Umsetzung der Tessiner Standesinitiative braucht es noch die Zustimmung durch den Ständerat. Dieser hatte den Vorstoss in der ersten Beratung abgelehnt. (12.3.)

- **Sparpaket:** Der Bundesrat muss die Aufgabenüberprüfung in der Bundesverwaltung fortsetzen und dem Parlament darlegen, auf welche Aufgaben die Verwaltung verzichtet. Der Nationalrat hat eine vom Ständerat abgeänderte Motion mit dieser Forderung überwiesen. Die Räte verlangen, dass der Bundesrat ihnen bis Ende Jahr eine Sammelbotschaft vorlegt. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf stellte sich dagegen. Die Motion sei überflüssig, der Bundesrat werde dem Parlament ohnehin ein Sparprogramm vorlegen. "Die Motion ändert gar nichts an der Planung des Bundesrates." Sie schränke bloss den Handlungsspielraum ein. (12.3.)

- **Bundespersonal:** Der Nationalrat möchte, dass Bundesangestellte nicht automatisch eine Lohnerhöhung von ein bis zwei Prozent erhalten, wenn sie genügende oder gute Leistungen erbringen. Wer überdurchschnittliche Leistungen erbringt, soll dafür eine Lohnerhöhung von über fünf Prozent erhalten können. Mit 104 zu 58 Stimmen hat der Rat einer Motion seiner Finanzkommission zugestimmt. Stimmt auch der Ständerat zu, wird der Bundesrat beauftragt, das Lohnsystem in der Bundesverwaltung weiter zu flexibilisieren. (12.3.)

- **Steuerabkommen:** Sollten die Steuerabkommen mit Deutschland und Grossbritannien nicht am 1. Januar 2013 in Kraft treten können, müssten sie angepasst werden. Dies hält der Bundesrat in seiner nachgereichten schriftlichen Antwort auf eine Frage aus der Fragestunde des Nationalrates fest. Insbesondere die Berechnung der Einmalzahlung für die Vergangenheitsregularisierung müsste angepasst werden. Damit die Abkommen 2013 in Kraft treten könnten, müssten sie in der Sommersession 2012 vom Parlament verabschiedet werden, hält der Bundesrat fest. Er habe deshalb den Parlamentsdiensten einen Antrag auf ein Sonderverfahren gestellt. (12.3.)

- **Bundespersonalgesetz:** Der Ständerat hat mit 29 zu 2 Stimmen dem revidierten Bundespersonalgesetz (BPG) zugestimmt. In der Vorlage wird der Kündigungsschutz gelockert. Im Gegenzug wird eine gesetzliche Grundlage für einen Elternurlaub geschaffen. Die Vorlage sei ein Kompromiss zwischen den Sozialpartnern, erklärte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Eingeführt hat die kleine Kammer einen Sprachförderungsartikel. Im neuen BPG werden aber vornehmlich die Anstellungsbedingungen für das Bundespersonal an jene der Privatwirtschaft angepasst. Damit bleibe die Eidgenossenschaft eine wettbewerbsfähige Arbeitgeberin, die mit der Privatwirtschaft Schritt halten könne, wurde argumentiert. Die Gegner wehrten sich gegen Privilegien für das Bundespersonal. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. (13.3.)

- **Mehrwertsteuer:** Die Hotellerie wird nicht von der Mehrwertsteuer befreit. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat gegen eine Sonderregelung ausgesprochen. Er lehnte es mit 24 zu 14 Stimmen ab, auf die Beratungen darüber einzutreten. Damit ist die Vorlage vom Tisch. Die Befürworter wollten damit die Folgen des starken Frankens abfedern. Die Hotellerie, die heute von einem reduzierten Mehrwertsteuersatz profitiert, sollte vom 1. April an für ein Jahr von der Mehrwertsteuer befreit werden. Dies hätte Ausfälle von 150 bis 160 Millionen Franken zur Folge gehabt. Die Gegner sahen darin eine Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip. (13.3.)

- **Mehrsprachigkeit:** Der Ständerat hat eine Motion aus der eigenen Staatspolitischen Kommission an den Nationalrat weitergeleitet, die vom Bund die Förderung der Mehrsprachigkeit insbesondere bei Top-Kadern verlangt. Sie soll vom Arbeitgeber finanziert werden. Von dieser Finanzierungspflicht wollte der Bundesrat nichts wissen. (13.3.)

- **SNB:** Die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wird nicht beschnitten. Der Nationalrat hat Vorstösse abgelehnt, mit denen der SNB engere Zügel angelegt werden sollten. Den Entscheiden vorausgegangen ist ein harter Schlagabtausch zur Affäre um den ehemaligen SNB-Präsidenten Philipp Hildebrand. Über zweieinhalb Stunden lang stritt der Nationalrat darüber, wie die Vorkommnisse zu werten sind, die zum Rücktritt von Hildebrand geführt haben. Aus Sicht der SVP hat Hildebrand als Führungskraft auf der ganzen Linie versagt. Für die meisten Redner der anderen Parteien beging Hildebrand mit den Devisentransaktionen zwar "moralische Fehler" oder verhielt sich "ungeschickt", verletzte aber keine Reglemente oder gar Gesetze. Die von der SVP gewünschte Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) lehnt die Mehrheit ab. (14.3.)

- **Erdbebenversicherung:** Die Schweiz soll eine obligatorische Erdbebenversicherung erhalten. Gegen seinen Willen muss der Bundesrat eine gesetzliche Grundlage mit Einheitsprämien ausarbeiten. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Motion zugestimmt. Die Gegner im Rat befanden eine solche Versicherung für nicht notwendig. Sie decke im Schadensfall nur einen Teil der Gebäudeschäden, aber keine Infrastrukturschäden, argumentierten sie. Die Befürworter appellierten jedoch an die Solidarität unter den Regionen und warnten davor, das Problem einfach an den Bund abzuschieben. Für eine Einheitsprämie braucht es eine Bundeskompetenz und damit eine Verfassungsänderung. (14.3.)

- **Regierungsreform:** Der Bundesrat soll als Kollegialbehörde gestärkt werden. Der Bundespräsident soll von einer Stabsstelle der Bundeskanzlei unterstützt werden. Die Bundeskanzlei selbst erhält mehr Gewicht. Das hat der Nationalrat als Erstrat entschieden. Vorgeschrieben wird den einzelnen Bundesratsmitgliedern zudem die Pflicht, das Kollegium regelmässig über Geschäfte zu informieren. Der Nationalrat verabschiedete entsprechende Änderungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Bundesrat und Parlament wollen unter anderem Empfehlungen umsetzen, die die Geschäftsprüfungskommissionen des Parlaments im Nachgang zur UBS-Affäre und zur Libyen-Krise gemacht hatten. (14.3.)

- **SNB:** Nach der Nationalratsdebatte am 14.3. zur Affäre Hildebrand hat sich einen Tag später auch der Ständerat dem Thema Nationalbank angenommen. Entscheide gab es keine zu treffen. In der kleinen Kammer herrschte Konsens, an der Unabhängigkeit der Nationalbank nicht zu rütteln. Institutionelle Änderungen seien nicht nötig. Es bestehe auch kein Handlungsbedarf, die Aufsicht grundlegend zu verändern, waren sich die Ständerätinnen und Ständeräte einig. (15.3.)

- **Steuern:** Der Nationalrat hat drei Standesinitiativen mit Steueranliegen abgelehnt. Zum ersten lehnte er mit 107 zu 51 Stimmen einen Vorschlag des Kantons Neuenburg ab, den Kantonen die Einführung einer Quellensteuer für natürliche Personen zu ermöglichen. Zum zweiten sagte die grosse Kammer mit 101 zu 47 Stimmen Nein zu einer Vereinfachung des Steuersystems nach baselstädtischem Modell. Steuerausnahmen und -abzüge sollten auf ein Minimum reduziert werden, um die Transparenz, Effizienz und Gerechtigkeit zu fördern. Zum dritten erteilte er dem Kanton Zürich eine Absage, der eine Easy Swiss Tax forderte: Einkommen sollten mit Einheitstarifen besteuert werden und nur fixe Einheitsabzüge zulassen, um das Steuersystem zu vereinfachen. Die Absage erfolgte jedoch knapp mit 77 zu 74 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Die Mehrheit wies bei den beiden letzten Vorlagen darauf hin, dass bereits ähnlich lautende Motionen an den Bundesrat überwiesen worden waren. (15.3.)

- **Eigenmietwert:** Rentnerinnen und Rentner sollen auch in Zukunft den Eigenmietwert als Einkommen versteuern müssen. National- und Ständerat lehnten in den Schlussabstimmungen die Volksinitiative des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes (HEV) zur Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung ab. Die grosse Kammer beschloss mit 119 zu 77 Stimmen, dem Stimmvolk die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, die kleine Kammer dasselbe mit 36 zu 6 Stimmen (bei einer Enthaltung). Der HEV verlangt, dass Hausbesitzer im Rentenalter die Eigennutzung des Wohneigentums nicht mehr als Einkommen versteuern müssen, wenn sie dies wünschen. Entscheiden sie sich dafür, dürfen sie jedoch im Gegenzug die Schuldzinsen nicht mehr von den Steuern abziehen. Für die Mehrheit des Parlaments ist dies nur ein unvollständiger Systemwechsel. (16.3.)

- **Bankgeheimnis:** Die Schweiz kommt den USA beim Bankgeheimnis stärker entgegen als anderen Staaten. National- und Ständerat erklärten sich mit Gruppenanfragen aus den USA einverstanden. In den Schlussabstimmungen stimmten sie einer Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den Vereinigten Staaten mit 134 zu 56 Stimmen (Nationalrat) respektive 39 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) zu. Damit wird die Schweiz den USA künftig in Fällen von Steuerhinterziehung auch dann Amtshilfe leisten, wenn sich die Anfrage auf eine Gruppe von nicht einzeln identifizierten Personen bezieht und der Verdacht auf einem bestimmten Verhaltensmuster gründet. Gegen die Vorlage, die eine Lösung im Steuerstreit mit den USA näher bringt, stimmten die SVP und vereinzelte Grüne. (16.3.)

- **Weitere Doppelbesteuerungsabkommen:** Die eidgenössischen Räte genehmigten in den Schlussabstimmungen auch sechs andere Doppelbesteuerungsabkommen. Bei einem Teil ging es um die Anpassung an die aktuelle Interpretation des OECD-Standards. Diese besagt, dass für die Amtshilfe Name und Adresse des mutmasslichen Steuersünders oder der Bank nicht zwingend sind. Es reicht, wenn der Steuerpflichtige auf andere Weise identifiziert werden kann. Genehmigt wurden folgende Doppelbesteuerungsabkommen: Rumänien (mit 100 zu 15 Stimmen im Nationalrat und 41 zu 2 Stimmen im Ständerat), Schweden (160 zu 12 und 43 zu 0), Singapur (182 zu 13 und 43 zu 0), Malta (178 zu 14 und 43 zu 0), Slowakei (102 zu 13 und 41 zu 0 bei 2 Enthaltungen) sowie Korea (115 zu 16 und 43 zu 0). (16.3.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Teilrevision Kollektivanlagengesetz (KAG):** Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung für eine Teilrevision des KAG. Das Vernehmlassungsergebnis zeigt eine breite grundsätzliche Zustimmung zum Vernehmlassungsentwurf, indes ein heterogenes Bild zu den im Einzelnen vorgeschlagenen Änderungen. Der Bundesrat beauftragt das EFD, gestützt auf das Vernehmlassungsergebnis die Botschaft zur Änderung des KAG unter Berücksichtigung der hauptsächlichen Anliegen der Vernehmlassungsteilnehmenden zu erarbeiten. (11.1.)

- **Politische Agenda für die Legislaturperiode 2011-2015:** Der Bundesrat verbschiedet die Botschaft über die Legislaturplanung 2011-2015, die als Kernpunkte sechs politische Leitlinien enthält. Sie dienen als Orientierungsrahmen für die Bundespolitik in den nächsten Jahren. Neben den sachpolitischen Schwerpunkten zeigt der Legislaturplan auch die finanzielle Seite in Form des Legislaturfinanzplans 2013-2015 und präsentiert die bundesrätliche “Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015“. (27.1.)

- **Neues Alkoholgesetz:** Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Totalrevision des Alkoholgesetzes. Er unterbreitet den eidgenössischen Räten zwei Gesetzesentwürfe: das Spirituosensteuergesetz und das Alkoholhandelsgesetz. Parallel zur Liberalisierung des Ethanol- und Spirituosenmarkts wird der Schutz der Jugend verstärkt und ein Nachtregime für den Alkoholverkauf eingeführt. Die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) wird in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) integriert und für die Umsetzung der beiden neuen Gesetze zuständig sein. (27.1.)

- **Bundesrat gegen Privilegierung der Kinder-Eigenbetreuung:** Der Bundesrat möchte die Kinderselbstbetreuung nicht steuerlich fördern. Er spricht sich gegen die von der SVP eingereichte „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“ aus und beauftragt das EFD, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten. Der Volksinitiative wird er keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen. (15.2.)

- **Teilrevision Kollektivanlagengesetz:** Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen. Die Vorlage soll noch in diesem Jahr im Parlament beraten werden und Anfang 2013 in Kraft treten. In Anlehnung an die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD) vom 8. Juni 2011 werden im revidierten Kollektivanlagengesetz (KAG) nunmehr zwingend auch die Vermögensverwalter ausländischer kollektiver Kapitalanlagen dem Gesetz unterstellt. Die Anforderungen an die Schweizer Bewilligungsträger werden an internationale Standards, insbesondere an jene der EU angeglichen. (2.3.)

- **Gastrosuisse-Mehrwertsteuer-Volksinitiative abgelehnt:** Der Bundesrat spricht sich gegen die Volksinitiative der Gastrosuisse aus, die für das Gastgewerbe generell den gleichen Mehrwertsteuersatz wie für den Nahrungsmittelverkauf verlangt. Die Landesregierung hat das EFD mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft zuhanden des Parlaments beauftragt. Unabhängig davon muss der Bundesrat den parlamentarischen Auftrag zur Vorlage eines Zweisatzmodells bei der Mehrwertsteuer erfüllen, bei dem das Gastgewerbe ebenfalls dem reduzierten Satz unterstellt würde. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung das EFD beauftragt, eine zweite Botschaft zur haushaltsneutralen Vereinfachung der Mehrwertsteuer auszuarbeiten (2.3.)

Internationales

- **Doppelbesteuerungsvereinbarung mit Taiwan:** Die private Doppelbesteuerungsvereinbarung mit Wirkung auf das chinesische Taipei (Taiwan) wurde am 28. Dezember 2011 im Bundesblatt publiziert – die Vereinbarung trat am 13. Dezember 2011 in Kraft: Die Bestimmungen über den Informationsaustausch sind per 1. Januar 2012 und alle übrigen Bestimmungen rückwirkend per 1. Januar 2011 anwendbar. (5.1.)

- **FSB würdigt Schweizer Finanzmarktregulierung:** Das Financial Stability Board (FSB) würdigt in seinem Länderbericht zur Schweiz die “Too-big-to-fail“-Gesetzgebung. Positiv hervorgehoben werden auch die Reaktion der Behörden in der Finanzkrise und Fortschritte bei der Aufsicht über Versicherungen und Pensionskassen. Bei einzelnen Aspekten der Bankenaufsicht, etwa beim Einsatz externer Revisoren, sieht das FSB jedoch noch Verbesserungsbedarf. (25.1.)

- **DBA mit Irland:** Die Schweiz und Irland unterzeichnen in Dublin ein Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen. Es enthält Bestimmungen über den Austausch von Informationen gemäss dem geltenden internationalen Standard. Das revidierte DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (26.1.)

- **Erneuerung des bilateralen Wegs:** Im Rahmen eines Arbeitsbesuches treffen sich Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Didier Burkhalter in Brüssel mit EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Im Zentrum ihrer Gespräche steht die aktuelle Entwicklung des bilateralen Verhältnisses, das beide Seiten als eng und intensiv bezeichnen. Zwischen der Schweiz und der EU sind derzeit rund 120 bilaterale Verträge in Kraft, über verschiedene Dossiers wird gegenwärtig verhandelt. (20.3.)

- **Quellensteuerabkommen mit UK:** Die Schweiz und das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland (UK) unterzeichnen in Brüssel ein Änderungsprotokoll, das das Quellensteuerabkommen vom 6. Oktober 2011 ergänzt. Damit ist das Abkommen bereit für die Parlamentsberatung. Es soll Anfang 2013 in Kraft treten. (20.3.)

- **Quellensteuerabkommen mit Deutschland:** Die deutsche Regierung setzt die Schweiz in Kenntnis über ihre klare Bereitschaft zur Unterzeichnung der schweizerischen Vorschläge zum Quellensteuerabkommen. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf wird die Frage der Unterzeichnung nun dem Bundesrat unterbreiten. (30.3.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **Schlichtungskommission:** Der Bundesrat hat Regula Kuhn Hammer als Ersatzmitglied der Schlichtungskommission nach Gleichstellungsgesetz gewählt. Kuhn Hammer folgt für die laufende Amtsperiode bis Ende 2015 auf die zurückgetretene Barbara Guntern Anthamatten. Die Kommission ist administrativ dem Eidgenössischen Personalamt unterstellt. (10.1.)

- **Aufsicht SNB:** Der Bundesrat gibt verschiedene Folgearbeiten in Auftrag, die allfälligen Handlungsbedarf im Nachgang des Rücktritts des Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB) aufzeigen sollen. Mit der Erstellung eines externen Gutachtens wurde Professor Paul Richli beauftragt. Die Expertise soll die im Zusammenhang mit der Aufsicht über die SNB in der Nationalbankgesetzgebung geregelten Aufgaben und Verantwortlichkeiten darstellen und den verfassungsmässigen Handlungsspielraum für mögliche Anpassungen aufzeigen. (25.1.)

- **Ersatzwahl Kommission Harmonisierung der direkten Steuern:** Der Bundesrat wählt Eva Herzog, Regierungsrätin und Finanzdirektorin des Kantons Basel-Stadt, zur Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für die Harmonisierung der direkten Steuern des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Sie tritt in dieser Funktion rückwirkend auf den 1. Januar 2012 für die Amtsperiode 2012-2015 die Nachfolge von Martin Schmid, Ständerat des Kantons Graubünden, an. (26.1.)

- **Positive WEF Bilanz der EFD-Chefin:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf zieht in Davos eine positive Bilanz über ihre Gespräche an der Jahrestagung 2012 des World Economic Forum (WEF). Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise zeige sich der Wert direkter Kontakte auf höchster Ebene. Die Finanzministerin führte Gespräche mit einer Reihe von Staatsoberhäuptern und hochrangigen Politikern. (28.1.)

- **Starker Franken, schwächelnder Aussenhandel:** Der starke Franken und die eingetrübte Weltkonjunktur haben ihre Spuren auch im schweizerischen Aussenhandel hinterlassen. Zwar nahmen die Exporte im Jahr 2011 insgesamt um 2 Prozent zu (Vorjahr: + 7 Prozent), die Branchenmehrheit musste aber rückläufige Ausfuhren hinnehmen. Zugleich waren spürbare Preiskonzessionen erforderlich. Während die Nachfrage aus Asien florierte, stagnierte jene aus Europa. Die Importe verharrten auf dem Vorjahresstand. Die unterschiedliche Entwicklung zwischen den Aus- und den Einfuhren liess den Überschuss in der Handelsbilanz auf einen neuen Rekordwert steigen. (2.2.)

- **Jahresbilanz Eidgenössische Zollverwaltung (EZV):** Die Frankenstärke, die Migrationsströme im Zuge der Volksaufstände in Nordafrika, der Einkaufstourismus und der erste FRONTEX-Einsatz des Grenzwachtkorps gehören zu den Themen, die das Zolljahr 2011 geprägt haben. Die EZV nahm im Berichtsjahr 23,47 Mrd. Franken (2010: 23,012 Mrd.) ein, was mehr als einem Drittel der gesamten Bundeseinahmen entspricht. Der grösste Betrag macht dabei die Mehrwertsteuer mit 11,772 Mrd. (10,994 Mrd.) aus. Die Zahl der Zollanmeldungen im Reiseverkehr ist um rund 30 Prozent, die Anzahl Schmuggelfälle um 36 Prozent angestiegen. (7.2.)

- **Weniger inländische Spirituosen:** Nach einer vorübergehenden Erholung haben die inländischen Spirituosen 2011 gegenüber der importierten Konkurrenz erneut an Terrain verloren. Der Marktanteil der inländischen Produktion betrug nur noch 13 Prozent. Der Pro-Kopf-Konsum lag stabil bei 1,6 Liter reinen Alkohols. Die Ethanolverkäufe an den Pharma-, Chemie und Industriesektor verharren auf hohem Niveau. (10.2.)

- **Horst Seehofer in Bern:** Bundespräsidentin und EFD-Chefin Eveline Widmer-Schlumpf empfängt den Bayerischen Ministerpräsidenten und Präsidenten des deutschen Bundesrates, Horst Seehofer, zu einem Höflichkeitsbesuch. Auf der Traktandenliste des Bern-Besuchs stehen nebst der Europapolitik vor allem die bilateralen Beziehungen mit Deutschland sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Freistaat Bayern. Dabei kommen namentlich Wirtschafts-, Fiskal-, Verkehrs- und Energiefragen zur Sprache. (13.2.)

- **Bestimmungen zu "Too big to fail" in Kraft:** Der Bundesrat setzt die vom Parlament Ende September 2011 verabschiedete Änderung des Bankengesetzes zur Regelung der “Too big to fail“-Problematik auf den 1. März 2012 in Kraft. Systemrelevante Banken haben damit künftig strengere Anforderungen bei den Eigenmitteln, der Liquidität und der Organisation zu erfüllen. Gleichzeitig hat der Bundesrat Verordnungsänderungen beschlossen, die die in der Gesetzesänderung enthaltenen steuerlichen Massnahmen umsetzen. (15.2.)

- **Klärung über SNB-Aufsicht:** Der Bundesrat nimmt das Gutachten von Professor Paul Richli zur Klärung der Aufsicht über die Schweizerische Nationalbank (SNB) zur Kenntnis. Dieses enthält eine umfassende Darstellung der geltenden Aufsichtsregelung über die SNB und den verfassungsmässigen Handlungsspielraum für mögliche Anpassungen. Das Gutachten enthält eine sehr umfassende und klare Darstellung der geltenden Aufsichtsregelung. Es zeigt unter anderem auf, dass die geltende Verteilung der Aufsichtskompetenzen namentlich dem verfassungsmässigen Anliegen auf Unabhängigkeit der SNB vollumfänglich entspricht. Die SNB ist hinsichtlich der Führung der Geld- und Währungspolitik gegenüber den Weisungen des Parlaments und der Bundesbehörden ungebunden. (22.2.)

- **Stossrichtung Finanzplatzstrategie:** Der Bundesrat führt eine Aussprache zu einer glaubwürdigen Finanzplatzstrategie und bekräftigt die eingeschlagene Stossrichtung. Bis im September will er entsprechende konkrete Massnahmen vorstellen. Auf einer ersten Ebene sollen die steuerlichen Probleme der Vergangenheit geregelt werden, insbesondere Fälle von im Ausland wohnhaften Kunden, die Vermögenswerte nicht korrekt versteuert haben. Dies geschieht in Form einer steuerlichen Regularisierung von Vermögenswerten aus bestehenden Kundenbeziehungen, wodurch Rechtsrisiken für Banken sinken. (22.2.)

- **Publica-Performance:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA hat 2011 eine Performance von 1.71 Prozent erzielt. Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Vorsorgewerke von PUBLICA lag Ende Jahr bei rund 103 Prozent. (23.2.)

- **Öffentliche Finanzen:** Die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte sind als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise auch 2010 zurückgegangen. Dank der hohen Überschüsse in den Jahren vor der Krise bleibt ein Defizit für den Gesamtstaat jedoch erneut aus. Ab 2011 verbessert sich das Ergebnis für den Gesamtstaat wieder, wobei diese Entwicklung 2012 durch die Abkühlung der Konjunktur gedämpft wird. Der bis 2011 kontinuierliche Rückgang der Bruttoschuldenquote wird deshalb abgebremst. (29.2.)

- **Bundesgesetze über die direkte Bundessteuer:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Anpassung der Bundesgesetze über die direkte Bundessteuer und über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden an den Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches verabschiedet. Die Revision soll die beiden Gesetze transparenter und lesbarer machen und damit die Rechtssicherheit stärken. Die Vorlage ist in der Anhörung auf breite Zustimmung gestossen. (2.3.)

- **Aufsicht über Finanzsystem überprüfen:** Laut dem Bericht über die Aufsicht über das ganzheitliche schweizerische Finanzsystem ("makroprudenzielle Aufsicht") bieten eine auf die Solvenz und die Stabilität einzelner Finanzmarktteilnehmer ausgerichtete Aufsicht und eine auf die Preisstabilität fokussierte Geldpolitik noch keine Gewähr für Stabilität. Dies habe die jüngste Finanzkrise eindrücklich gezeigt. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Notwendigkeit, die Aufsicht zu überprüfen und gegebenenfalls zu stärken. (12.3.)

- **Beileid** der Bundespräsidentin nach Walliser Busunglück: Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf hat mit gr**osser Bestürzung und Betroffenheit vom tragischen Busunglück erfahren, das sich am Vorabend im Wallis ereignet hat. Sie drückt gegenüber den Familien der Opfer sowie dem belgischen Volk und dessen Regierung ihr Beileid aus. (14.3.)**

- **Hinweise und Tipps für Online-Einkauf:** Dies bietet der virtuelle “Wegweiser Online-Shopping“ unter www.e-commerce-guide.admin.ch. Die Plattform wurde durch verschiedene Bundesstellen unter Federführung des Staatssekretariats für Wirtschaft und des Eidgenössischen Büros für Konsumentenfragen in Zusammenarbeit mit den Konsumentenorganisationen und weiteren Partnern erstellt. (15.3.)

- **Gute IWF-Noten für die Schweiz:** Nach dem jährlichen Länderexamen attestiert der Internationale Währungsfonds (IWF) der Schweiz eine solide volkswirtschaftliche Basis. Den im September von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) eingeführten Mindestkurs betrachtet der IWF als angemessene

geldpolitische Massnahme. Sobald sich die ökonomische Situation normalisiere, sei jedoch die Rückkehr zu einem flexiblen Wechselkurs wünschbar. Um den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die öffentlichen Haushalte entgegenzuwirken, empfiehlt der IWF rasche Reformen in der Altersvorsorge. Im Umfeld andauernd tiefer Zinsen orten die IWF-Experten die zunehmende Gefahr einer Preisblase in Teilen des Immobilienmarkts. Schliesslich sollten die Grossbanken rascher die Eigenmittel hoher Qualität erhöhen. (20.3.)

- **Trauerfeier nach Walliser Car-Unglück:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Didier Burkhalter vertreten die Schweiz in Belgien an den Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Car-Unglücks im Wallis vertreten. Die Trauerfeiern finden in Lommel und in Leuven statt. (20.3.)

- **E-Zigaretten von Tabaksteuer befreit:** Der Bundesrat beschliesst, ab dem 1. April 2012 auf die Besteuerung elektronischer Zigaretten zu verzichten. Zudem wird die Deklarationsfrist für Tabakfabrikate verkürzt. Die Verordnung über die Tabakbesteuerung (TStV) wird entsprechend geändert. (21.3.)

- **Gegensätzliche Vorzeichen im Aussenhandel:** Im Februar nahmen die Exporte leicht zu, die Importe dagegen leicht ab. Allerdings zählte der Berichtsmonat einen Arbeitstag mehr als der Februar 2011; bereinigt resultierte in beiden Richtungen ein deutliches Minus. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 2,7 Mrd. Franken. (22.3.)

- **Kundenschutz bei Finanzprodukten:** Der Bundesrat beauftragt das Eidgenössische Finanzdepartement, gesetzliche Grundlagen zur Verbesserung des Kundenschutzes beim Vertrieb von Finanzprodukten zu erarbeiten. Die internationale Entwicklung verlangt generell einen verbesserten Kundenschutz im Finanzmarktrecht. Zudem hat die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht in ihrem kürzlich veröffentlichten Positionspapier die Forderung nach klaren Verhaltensregeln und verbesserten Produktdokumentationen gestellt. (28.3.)

- **Neuorganisation Informatik-Leistungen ZAS:** Die Zentrale Ausgleichsstelle der Schweiz (ZAS) in Genf wird künftig ihre IKT- Leistungen im Bereich von Fachanwendungen für sich selbst erbringen. Zu diesem Zweck wird ein kostenneutraler Personaltransfer vom Lösungszentrum Genf des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT) zur ZAS vorgenommen. Der Bundesrat genehmigt die entsprechende Ausnahme von der Regel in der Bundesinformatikverordnung (BinfV), wonach pro Departement höchstens ein interner Leistungserbringer bestehen soll. (28.3.)

- **Bundespersonalpolitik auf Kurs:** Der Bericht über das Personalmanagement der Bundesverwaltung zeichnet ein positives Bild vom Stand der Bundespersonalpolitik. Die Umsetzung der Personalstrategie Bundesverwaltung 2011-2015 liegt im Zeitplan. Auch bei den neuen Sollwerten des Bundesrates für das Personalmanagement, die bis Ende 2015 erreicht werden sollen, ist die Bundesverwaltung auf Kurs. Der Bundesrat nimmt das Reporting 2012 zur Kenntnis und leitet es an die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte weiter. (28.3.)